

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seiler

Ich stelle für die AFD-Fraktion für die nächste Stadtratssitzung im Oktober folgende Anfrage (nach §20 GO Stadtrat Speyer) und bittet um Aufnahme in die

Tagesordnung:

1. Welche konkreten Maßnahmen zur Flankierung der polizeilichen Maßnahmen wurden angedacht und welche werden umgesetzt?
2. Wie und in welchem Rhythmus werden diese Maßnahmen evaluiert?

Begründung:

Die Sicherheit und öffentliche Ordnung in Speyer, insbesondere Speyer Nord, wurde von der AFD Fraktion bereits mehrfach angesprochen. Die Befindlichkeiten der Bürger in Speyer Nord und ebenso die Bedürfnisse der Bewohner der Einrichtung wurden immer wieder als nicht existent abgetan.

Der Bedarf für flankierende Maßnahmen und solche zur Prävention erscheint angesichts der jüngeren Meldungen weiter gestiegen zu sein, denn zur hier heimischen Kriminalität gesellt sich zugewanderte.

<https://www.ludwigshafen24.de/region/speyer-messer-attacke-aufnahmeeinrichtung-taeter-in-jva-12932334.html>

https://www.wochenblatt-reporter.de/speyer/c-blaulich/zwei-junge-maenner-streiten-sich_a232705

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/117688/4735287>

<https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/117688/4730720>

Die Antworten der Landesregierung und der Bundesregierung auf Anfragen der jeweiligen AFD Fraktionen ergeben jedoch einen dringlichen Auftrag an die Stadt Speyer in Bezug auf die Herstellung und Wahrung der Sicherheit der ihr Schutzbefohlenen.

Die Antworten der Landesregierung auf die Anfrage der AFD Fraktion im Rheinland-Pfälzischen Landtag mit der Drucksachen Nummer 11219-17 sowie der weiteren Drucksachen finden Sie anhängend.

<https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/11219-17.pdf>

Insbesondere die Fragen 62 und 63, bzw. die Antwort darauf birgt Gesprächsstoff für die Stadt.

Obwohl aus polizeilicher Sicht die Einsatz- und Kriminalitätslage weiterhin unauffällig ist, birgt die sich zukünftig verändernde Zusammensetzung der Einrichtungsbewohner zukünftig einige

Sicherheitsaspekte. Die Landesregierung schreibt: „Die längere Verweildauer in den Aufnahmeeinrichtungen wird voraussichtlich eine Veränderung in der Zusammensetzung der Bewohnerschaft (weniger Familien und mehr Alleinreisende ohne aufenthaltsrechtliche Perspektive), sowie eine steigende Anzahl ausreisepflichtiger Personen, die von Leistungskürzungen betroffen sind, zur Folge haben. Dies könnte zu einem erhöhten Konfliktpotenzial in den Aufnahmeeinrichtungen führen, dem in erster Linie durch Ausweitung der sozialen Betreuung sowie Ausbau der bestehenden Angebote, Beschäftigung, Bildung und Beratung zur Schaffung einer sinnvollen Tagesstruktur begegnet wird. Darüber hinaus sind weiterhin die bereits etablierten polizeilichen Ermittlungsgruppen Migration in den Aufnahmeeinrichtungen präsent und repräsentieren die rheinland-pfälzische Polizei als verlässlichen Ansprechpartner vor Ort.“

Auch wenn die Anerkennungsrate von Asylgesuchen sich erhöht hat, werden immer noch beinahe 70 Prozent der Anträge abgelehnt
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/197867/umfrage/abgelehnte-asylantraege-in-deutschland/>

Die Aussichtslosigkeit der Verbleibserwartungen von Einwanderern war in der Vergangenheit schon oft Bestandteil von Straftatsmotivationen.

<https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/politik/detailansichtpolitik/artikel/wenn-aus-frust-aggression-wird.html#topPosition>

Wie sich das konkret in Zahlen auswirkt, antwortete die Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD Fraktion mit der Drucksache 19/20494 – „Statistik über Straftaten von Asylbewerbern, Personen im Status eines abgelehnten Asylantrags oder eines unerlaubten Aufenthaltes“.

<https://www.bundestag.de/presse/hib/706914-706914>

Wir möchten die innere Sicherheit in Speyer gewahrt wissen und freuen uns auf Ihre Antworten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre

Nicole Höchst, MdB
Für die AfD Fraktion im Stadtrat Speyer